

# AMT UNTERSPREEWALD



**Gemeinde: Unterspreewald**

**Datum der Sitzung: 27.02.2020**

**Tagesordnungspunkt: ☐**

☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

**Beratungsgegenstand:** Verzicht auf die erneute Anhörung zum Haushaltssicherungskonzept 2020 der Gemeinde Unterspreewald

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Wolff - KÄ	14-2020	13.02.2020

## **A. Beschlussvorlage:**

### **Die Gemeindevertretung beschließt:**

Auf die erneute Anhörung im Genehmigungsverfahren zum Haushaltssicherungskonzept 2020 der Gemeinde Unterspreewald wird verzichtet.

### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Nach § 63 Abs.4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, sofern das Ergebnis aus den ordentlichen Erträgen und ordentlichen auch unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren in Plan und Rechnung nicht ausgeglichen ist.

Das Haushaltssicherungskonzept wurde von der Gemeindevertretung beschlossen.

Es wurden keine Maßnahmen aufgezeigt, die einen Haushaltsausgleich im Finanzplanzeitraum bis 2023 nachweisen.

Somit ist das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigungsfähig.

Im Versagungsverfahren muss die Gemeinde Unterspreewald durch den Landkreis angehört werden. Diese Stellungnahme in der Anhörung ist erneut zu beschließen.

Letztendlich ist aber davon auszugehen, dass eine Versagung der Genehmigung erfolgt.

Das hat zur Folge, dass die Gemeinde Unterspreewald auch 2020 der vorläufigen Haushaltsführung unterliegt.

Zur Abkürzung des Verwaltungsverfahrens besteht die Möglichkeit im Nachgang zum beschlossenen Haushaltssicherungskonzept, mittels Beschluss auf die Anhörung zu verzichten.

Dies ist nach Beschlussfassung zusammen mit dem Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes dem Landkreis mitzuteilen.

### **Hinweis:**

## Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_ i. H. von \_\_\_\_\_ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt \_\_\_\_\_ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : \_\_\_\_\_ € einmalig  
\_\_\_\_\_ € jährlich  
\_\_\_\_\_ ☐ keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
noch verfügbare Mittel \_\_\_\_\_ €  
Vergabevorschlag \_\_\_\_\_ €.

## **Anlagen**

---

### **B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:**

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☒ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

---

Datum

Unterschrift der/des zuständigen FA-Leiterin/s:  
Standfuß - KÄ

**C. Beschluss:** Die Gemeindevertretung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage  
oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

**Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:**

--	--	--

**Sichtvermerk/Datum:**

Amtsleiterin/ Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Gemeindevertretung
--------------------------	--------------	---